

Mohssen Massarrat  
e-mail: [mohssen.massarrat@uos.de](mailto:mohssen.massarrat@uos.de)

## **Offener Brief**

anlässlich des Iran-Atomkonflikts  
06. März 2010

An  
Kerstin Müller, MdB, Sprecherin der Grünen für Außenpolitik und  
Omid Nouripour, MdB, sicherheitspolitischer Sprecher der Grünen

Sehr geehrte Frau Müller,  
sehr geehrter Herr Nouripour,

Sie beide haben in diversen Stellungnahmen bzw. Zeitungsinterviews einen Krieg gegen den Iran anlässlich der Verschärfung des Atomkonflikts abgelehnt, gleichwohl sich aber für gezielte Sanktionen ausgesprochen, die nur das Regime, nicht aber die Menschen im Iran treffen sollen. Diese Differenzierung ehrt Sie zwar in humanistischer Hinsicht, sie lenkt aber die öffentliche Meinung vom eigentlichen Hintergrund des Konflikts ab. Trotz dieser Differenzierung machen Sie und alle anderen mit ähnlich differenzierten Positionen, wie der Direktor der Berliner Stiftung für Politik und Wissenschaft, Volker Perthes, sich leider zu ParteigängerInnen von USA und EU, die mit ihrer Einseitigkeit und ihrem double standard inzwischen für die Fortsetzung des über 7 Jahre andauernden Konflikts und dessen Folgen die Hauptverantwortung tragen. Haben Sie sich, sehr geehrte Frau Müller und sehr geehrter Herr Nouripour, darüber Gedanken gemacht, was dann geschehen würde, wenn die geplanten Sanktionen wirkungslos blieben, was doch ziemlich wahrscheinlich ist. Aus Sorge, dass gerade diese grundsätzliche Einseitigkeit doch zur Bombardierung iranischer Atomanlagen und einem Flächenbrand in der gesamten Region führen könnte, wende ich mich mit einigen Anregungen an Sie und hoffe, dass ich Sie und Ihre Partei dadurch zum Umdenken veranlassen kann:

Die Einseitigkeit des Westens besteht darin, ein regionales Sicherheitsdilemma ausschließlich auf Irans Atomprogramm zu reduzieren. Fakt ist doch, dass gegenwärtig Israel die atomare Vorherrschaft im Mittleren und Nahen Osten innehat. Sich über diesen Fakt hinwegzusetzen, wäre eine Vogel-Strauss-Politik. Können Sie mir bitte erklären, warum USA und EU bisher genau diese unbestreitbare Tatsache systematisch ausgeblendet haben? Ich bin auf Ihre Antwort sehr gespannt. Meine Antwort dazu ist, dass USA und EU im Grunde Israels atomare Vorherrschaft schützen wollen und zu diesem Zweck auch die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, und damit den NPT, nur als Vorwand benutzen. Dabei gestehe ich gern, dass auch die Islamische Republik Iran bisher genau so wie die westlichen Staaten konsequent das Sicherheitsdilemma ausgeblendet und an keiner Stelle Israels Atombomben zum Verhandlungsgegenstand erklärt und sich stattdessen dafür entschieden hat, den NPT als Vorwand zu benutzen, um eigene nukleare Kapazitäten zu schaffen. Diese Sicht der iranischen Seite, ohne dass ich mir diese selbst zu eigen mache, ist m. E. vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Islamischen Republik mit der westlichen Parteinahme gegen sie durchaus erklärbar. Während des iranisch-irakischen Krieges in den 1980er Jahren haben beispielsweise USA und EU Saddam Husseins eindeutige Aggression nicht nur nicht verurteilt, nein, sie haben ihn unterstützt und sogar den Einsatz von chemischen Waffen geduldet.

Daraus zieht die Islamische Republik nun eigene Konsequenzen und folgt dabei voll und ganz der westlichen Logik der Machtvermehrung. Sie glaubt nunmehr - genauso konsequent wie die westliche Seite und Israel ihr Projekt der Vorherrschaft im Mittleren und Nahen Osten aufrechterhalten wollen - ihr eigenes Atomprogramm durchziehen zu müssen, um irgendwann das eigene Sicherheitsdilemma durch das „Gleichgewicht des Schreckens“ in der Region zu beseitigen. Aus diesem Blickwinkel treiben USA und EU mit ihrer Ignoranz des Sicherheitsdilemmas die Islamische Republik geradezu zu dieser gefährlichen wie zwielichtigen Atompolitik. Diese Politik von USA und EU läuft letztlich darauf hinaus, entweder Irans Atombomben durch einen Krieg zu verhindern oder im Falle des Scheiterns dieser Option das atomare Wettrüsten in der Region erst richtig loszutreten. In beiden Fällen sind die Folgen für die Menschen, die Wirtschaft und die Umwelt in der Region verheerend. Nicht zuletzt würde auch die Demokratiebewegung im Iran und in der Region auf Jahre oder Jahrzehnte zum Erliegen gebracht.

Mit der kritiklosen Parteinahme für die westliche Strategie der Ausblendung des sicherheitspolitischen Konfliktkerns machen Sie und die Partei Bündnis 90/Die Grünen sich mitschuldig. Obendrein machen Sie die Solidarität der Grünen mit der iranischen Demokratiebewegung, wie beispielsweise das leidenschaftliche Engagement von Claudia Roth für Irans grüne Bewegung, zunichte. Auch Ihre Forderung „man solle die Atomfrage von der Menschenrechtsfrage“ abkoppeln, wird so zu einer Leerformel.

Wer wirklich die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern will – und ich gehe davon aus, dass dies Ihr Anliegen ist -, der darf nicht zu Artikel 6 des NPT schweigen, der die Atommächte zur Abrüstung verpflichtet. Diese offensichtliche und rigorose Einseitigkeit, eigene Abrüstungsverpflichtungen zu missachten und Israels Atomarsenal außen vor zu lassen, aber Irans Atomprogramm willkürlich für Tabu zu erklären, würde Irans grüner Bewegung im Atomkonflikt letztlich keine andere Wahl lassen, als sich hinter die Regierung Ahmadinedschad zu stellen.

Der Iran-Atomkonflikt ist der beste Beweis für die Untrennbarkeit der friedlichen von der militärischen Nutzung der Atomtechnik. Nur ein Ausstieg aus dieser Technologie kann dieses Menschheitsproblem lösen. Diese Sicht war ein wesentlicher Grund, der zur Entstehung der Grünen geführt hat. Es wäre an der Zeit, dass sich die Grünen, gerade anlässlich des Iran-Atomkonflikts, auf ihre eigenen Wurzeln als Antiatombewegung besinnen würden.

Irans atomare Aufrüstung ist die schlechteste aller sicherheitspolitischen Lösungen für Iran und die Region, genauso wie Israels Atomwaffen die ungeeignetsten aller Alternativen sind, die Sicherheit der israelischen Bevölkerung vor realen Bedrohungen dauerhaft herzustellen. Diese kann auch niemals gegen die, sondern nur mit den islamisch-arabischen Nachbarstaaten erreicht werden. Gegenteilige Annahmen entspringen nicht der Vernunft, sondern purer Ideologie oder einem Überlegenheitswahn. Die unbestreitbare deutsche Verantwortung für Israels Sicherheit und Existenz steht in voller Übereinstimmung mit der Perspektive eines friedlichen Miteinanders aller Staaten und Völker im Mittleren und Nahen Osten. Es kann doch nicht sein – und hoffentlich stimmen Sie, sehr geehrte Frau Müller und sehr geehrter Herr Nouripour, mit mir darin überein, dass eine atomare Vorherrschaft Israels in der Region nicht Teil der deutschen Staatsräson sein kann.

Die Lösung des Sicherheitsproblems aller Staaten und Menschen im Mittleren und Nahen Osten ist und bleibt die gemeinsame Sicherheit einschließlich einer atomwaffenfreien Zone und der Kooperation in der Region. Der aktuelle Iran-Konflikt könnte letztlich auch in dieser Perspektive eine gerechte Lösung finden.

Als erste vertrauensbildende Maßnahme müssten USA und EU sehr ernsthaft und konsequent Israel auffordern, dem NPT beizutreten, um erst auf dieser neuen Grundlage mit dem Iran zu verhandeln.